

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,50 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Oesterreich 10.— M., für das übrige Ausland 13,50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 17.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtzähl. Nonparillezeile oder deren Raum 2,20 M. zuzügl. 30% Erwerbszuschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achtzähl. Nonparillezeile 2,40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. zuzügl. 30% Erwerbszuschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Werbeanzeigen kosten das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto.

Inseraten-Abteilung: Berlin W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeit und Organisation der Betriebsräte.

Mit Recht ist dem Gesetz über Betriebsräte der Vorwurf gemacht worden, es missbrauche den Namen der Arbeiterräte, um Arbeiterausschüsse ins Leben zu rufen, die sich von den alten gewerkschaftlichen Fabrikarbeitsräten nur dadurch unterscheiden, daß ihnen das Gesetz bestimmt unangenehme Rechte garantiert. Die auf Grund des Gesetzes gewählten und nach ihm arbeitenden Betriebsräte sind in erster Linie gewerkschaftliche Betriebsvertretungen zur Wahrung von „Arbeitnehmerinteressen“.

Der Charakter des Betriebsrates als Bestandteil und Organ der Gewerkschaftsbewegung wird noch dadurch besonders betont, daß das Gesetz es ihm unmöglich macht, seine Befugnisse ohne enge Fühlung mit den Gewerkschaften auszuüben. Der Betriebsrat hat nach dem Gesetz in erster Linie die Aufgabe, die Durchführung von Tarifverträgen und allgemein verbindlichen Schiedssprüchen zu überwachen. Es ist nicht seine Aufgabe, die Arbeitsbedingungen selbstständig zu regeln. Die kollektive Vereinbarung der Arbeitsbedingungen durch Vertragsabschluss oder Schiedsspruch nach möglichst weitgehenden zentralistischen Grundrissen bleibt den Berufsorganisationen überlassen. Die von den Gewerkschaften getragenen kollektiven Vereinbarungen können niemals durch betriebliche Sondermaßnahmen durchkreuzt werden. Selbst wo weder Tarife noch anerkannte Schiedssprüche Geltung haben, wo also der Betriebsrat volle Freiheit hat, die Arbeitsbedingungen für den Betrieb selbstständig mit dem Unternehmer zu verhandeln, schreibt das Gesetz vor, daß die Betriebsräte sich zu diesem Zweck mit den Berufsorganisationen „ins Benehmen“ setzen.

Wir erkliden in diesen Bestimmungen keinen Mangel des Gesetzes. Auch die Arbeiterkass ist vom Abschluß von Betriebsverträgen immer mehr abgekomen, je weiter der Rahmen der kollektiven Arbeitsverträge gekannt werden konnte. Sie strebt immer mehr danach, die Arbeitsbedingungen auf möglichst breiter solidarischer Grundlage abzuwickeln und betrachtet den Betrieb nicht als selbständigen wirtschaftlichen Faktor mit dem Recht auf Eigenleben, sondern als Glied eines Ganzen.

Dieses Prinzip, die Konsequenz der zentralistischen Organisationsform und der allgemeinen Entwicklung der Tarifidee, ist im Gesetz für den Teil der Betriebsräteaufgaben, der die Arbeitsbedingungen betrifft, anerkannt worden, und wir hätten nur gewünscht, daß es in den anderen Teilen des Gesetzes die gleiche konsequente Anwendung gefunden hätte.

Die Gesetzgeber konnten es nicht ganz verhindern, daß dem Betriebsrat Befugnisse zugewiesen worden sind, die nicht mehr ausschließlich der Wahrung von „Arbeitnehmerinteressen“, sondern schon ein wenig der Förderung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen dienen. Hierbei ist jenes zusammenfassende, den Blick auf das Wirtschaftsganze oder mindestens auf die Gesamtheit eines großen Produktionszweiges richtende Prinzip jedoch völlig unbeachtet geblieben. Hier bleibt die Individualität des Betriebes, das heißt die volle Freiheit des Schaltens und Wollens der Betriebsleitung nach ausschließlich betriebseigenen Motiven, völlig ungeschmälert.

Die Gründe dafür sind klar. Das Gesetz ist kein Gesetz gegen den Kapitalismus, sondern eine dürftige Scheinkonzession der den Staat beherrschenden Repräsentanten der kapitalistischen Ordnung an die sozialistische Arbeiterkraft. Diejenigen Aufgaben der Betriebsräte, die sich dem allgemeinen Wirtschaftsleben zuwenden, werden im Gesetz unter die Formel: Unterstützung des Unternehmers bei der Förderung der Betriebszwecke, in einigen Kommentaren zum Gesetz unter das Stichwort: Förderung der Produktion gebracht. Nach kapitalistischen Begriffen sind aber Förderung der Produktion oder Produktion überhaupt sowie das gesamte Wirtschaftswesen undenkbar ohne die völlige Freiheit des einzelnen Unternehmers, ohne die „höchsterliche Initiative der starken Persönlichkeit“ des Ausbeuteters. Die Gesetzgeber dachten darum nicht daran, diese heiligsten aller Güter anzutasten.

Diese Kritik am Entwurf des Gesetzes über Betriebsräte haben wir stets geübt, solange das Gesetz noch zur Diskussion stand. Jetzt müssen wir mit ihm — leider — rechnen und arbeiten. Die Arbeiterkass hat sich nahezu einmütig entschlossen, von dem Gesetz Gebrauch zu machen, und die ersten Betriebsrätewahlen dürften fast überall nahezu abgeschlossen sein. Es gilt also nun, aus dem Gesetz herauszuheben, was herauszuheben ist.

Deutschlands militärische Abrüstung.

Eine neue Note der Entente.

London, 22. April.

Eine Note der Entente wurde gestern der deutschen Mission überreicht. In dieser Note wird gesagt, daß die Zeit jetzt gekommen ist, um zum praktischen Handeln überzugehen. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens hat Deutschland nichts getan, um die verschiedenen Bedingungen des Abkommens zu erfüllen. An erster Stelle ist es notwendig, daß Deutschland zur Abrüstung übergeht.

Die Kartische Neuordnung des Orients.

Konstantinopel, Bagdad und die Türkei.

H. N. London, 22. April.

Eine Zusammenfassung der hier vorliegenden Meldungen über Armenien führt zu folgendem Ergebnis: Armenien wird sich von der russischen Grenze bis Wan ausdehnen und sämtliche Häfen zwischen Nizch und Batum behalten, während es gleichzeitig Trapezunt besetzen darf. Trapezunt bleibt türkisch, wird aber unter internationaler Kontrolle. Der Völkerbund übernimmt die Mandatur über Armenien. Da das Statut aber dem Lande die notwendigen Nachmittel zur Ausübung der Fremdherrschaft nicht gibt, wurde beschlossen, es Armenien anheimzustellen, Armenien finanziell zu unterstützen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Mandatur einem kleinen Staate gegeben wird.

Ueber Kurdistan verlautet, daß man wahrscheinlich, da ein Teil der Bevölkerung türkisch bleiben möchte, ein anderer Teil Autonomie verlangt, als Kompromiß zu einer Vormundschaft übergeben wird. Kurdistan wird Batum als Hafen erhalten.

Die türkischen Staatsschulden werden unter Kontrolle einer gemischten französisch-englisch-italienischen Kommission gestellt. Die Konferenz behandelte auch die Frage der Bagdadbahn. Der Oberste Rat hat weiter eine Regelung für die neue Begrenzung der Türkei getroffen, ohne jedoch festzustellen, was mit den Gebieten, welche der Türkei abgenommen werden, geschehen soll. Die Türkei muß sich ver-

pflichten, sich mit jeder Grenzregelung im voraus einverstanden zu erklären. Die Konferenz hat in Anwesenheit ihrer Militär- und Marinefachverständigen die Kommission für Meer und Blatte der Türkei ernannt.

Die Streiklage in Italien.

Rom, 22. April.

Am 21. April ist es zu einem heftigen Zusammenstoß in Padua gekommen, wo 5000 katholische Bauern mit einer gleichen Anzahl sozialistischer Bauern, die aus den benachbarten Orten herbeigekommen waren, in ein Handgemenge gerieten. Man zählt viele Verwundete.

Nach der „Epoca“ beträgt die Zahl der Streikenden im Piemont 700 000. Darunter befinden sich viele Landarbeiter, welche damit drohen, sich in den Besitz des Grund und Bodens zu setzen.

Generalkreik in Elia-Corkringen.

Särich, 22. April.

Die Verhandlungen zwischen den lothringischen Grubenbesitzern und den streikenden Bergarbeitern haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Generalkreik für ganz Elia-Corkringen ist beschlossen. Die Stunde der Arbeitsniederlegung ist noch nicht bekannt.

Strafverfolgung des Genossen Blumtritt.

München, 22. April.

Der Geschäftsbundungsentschluß des bayerischen Landtags erteilt mit 13 gegen 6 Stimmen die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Blumtritt-Oef wegen Hochverrats.

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik werden, wie nunmehr endgültig feststeht, am Sonntag, 6. Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuen Verlesierung sprechen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Bei den Befugnissen der Betriebsräte, die die Arbeitsbedingungen betreffen, wird das leicht sein, denn hier bewegt sich die Arbeiterkass auf bekanntem Terrain. Anders liegt es bei den weitergehenden Aufgaben.

Wenn die Betriebsräte von jenen Befugnissen fruchtbar Gebrauch machen wollen, die ihnen dürftige Möglichkeiten zum Eingreifen in die Produktion bieten, so können sie das nur erreichen, wenn sie darin in dem Vertrauen handeln, ihren Einfluß im Interesse des Gemeinwohles und zur Abmilderung der Gemeinwirtschaft anzuwenden. Sie dürfen der Tendenz des Gesetzes, die die wirtschaftliche Souveränität des Betriebes und des einzelnen Unternehmers aber alles fest, nicht folgen.

Daraus ergibt sich zunächst, daß sie von vornherein im Gegensatz zur Absicht des Gesetzes stehen müssen, was ihren Bewegungsbereich sehr besengt. Aber das ist für die Betriebsräte kein Grund, sich abzusehen zu lassen.

Zu beachten ist jedoch folgendes: So richtig es ist, daß der Betriebsrat als Anwalt von „Arbeitnehmerinteressen“ auf den Betrieb beschränkt bleibt und gehalten ist, die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen für einen möglichst weiten Wirtschaftskreis der Gewerkschaft als der gegebenen Vertreterin der Lohninteressen der Arbeiter und Angestellten zu übernehmen, so völlig unmöglich ist es für die Betriebsräte, dem anderen Teil ihrer Aufgabe gerecht zu werden, wenn sie an den Einzelbetrieb gebannt sind. Als — angebende — Organe einer kollektiven Wirtschaftsführung sind sie in dieser Hinsicht unmöglich, denn das Wesen der Gemeinwirtschaft hebt jene Ungebundenheit der kapitalistischen Anarchie auf und verwirft jeden Betriebssegoismus in allen Fragen des Wirtschaftslebens, nicht nur in den Fragen der Arbeitsbedingungen. Im Betrieb bereinzelt, ist der Betriebsrat als mitbestimmender Faktor im Wirtschaftsleben nichts. Dagegen kann er eine Macht sein, wenn er sich mit seinergleichen zu Bezirks-, Gruppen- oder Industrieorganisationen zusammenschließt.

Ein solcher Zusammenschluß soll nach der Reichsverfassung durch die Bildung von Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat erfolgen. Der Artikel 145 der Verfassung, der diese Maßnahmen vorseht, vertritt in seiner Wortfassung und vieldeutigen Sprache alles oder nichts. Entscheidend wird sein, was eingelöst, nicht was versprochen wird. Und eingelöst wird nur, was die Arbeiterkass erkämpft.

Die Verfassung bestimmt, daß die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat „zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer“ zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammenzutreten sollen.

Die Regierung Bauer-Roske hatte nicht die Absicht, dieses Versprechen in einer Form einzulösen, die den Forderungen der Arbeiterkass entsprochen hätte. Sie war drauf und dran, einen Reichswirtschaftsrat gleichsam aus dem luftleeren Raum zu schaffen, das heißt, ohne die Bildung des Reichsarbeiterrates abzuwarten. Kommt dieser Reichswirtschaftsrat in der vorgesehenen Zusammensetzung zustande, dann wird er nie Sozialisierungsgesetze verwirklichen, sondern nur die Allmacht des Unternehmertums feier fundieren. Wir erwarten, daß diese Demonstration auch auf die Kreise der organisierten Arbeiterkass als fühlen d gewirkt hat, die bis zu den Tagen der Kapp und Lüttich den reaktionären Pfaden der Ebert-Bauer-Roske bedingungslos folgten.

Will die Arbeiterkass die durch das Rätegesetz gegebenen dürftigen Möglichkeiten ausnützen und durch eine eigene aktive sozialistische Wirtschaftspolitik im großen Rahmen steigern, so bedarf sie Dringens dieser Bildung von Arbeiterräten. Die schnelle Einlösung des Versprechens der Verfassung im Sinne der sozialistischen Forderungen muß die Arbeiterkass von der Regierung und im bedarfenden Wahlkampf fordern. Die Arbeiterräte sind als die Summierung der Betriebsräte, als die Institution, die den einzelnen Be-

triebstrat aus der Forderung heraushebt und ihn und sein Werk in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stellt, für das Proletariat viel wichtiger, als die Wirtschaftsräte. Vor allem aber müssen sie, wenn die Wirtschaftsräte nicht völlig wertlos, ja schädlich werden sollen, die Grundlage für den Aufbau der Wirtschaftsräte bilden und ihre Tendenz muß entscheidend auch für die Arbeit der Wirtschaftsräte werden.

Inzwischen aber wird die Arbeiterschaft aus Eigenem zusammenfassende Gruppen- und Industrieorganisationen der Betriebsräte bilden müssen. Leider bestehen in der Arbeiterschaft Meinungsverschiedenheiten darüber, welcher Organisationsform diese Aufgabe zufällt, welche sie am besten lösen kann. Wir wollen diesen Streit heute nicht von neuem entfachen. Wir rechnen noch immer mit der Möglichkeit gemeinsamer Wirkens aller an den Betriebsräten und ihrer Arbeit interessierten Organisationen und möchten die Hoffnung, daß bei gemeinsamer Arbeit manche Differenz milder erscheinen und ausgeglichen werden wird, noch nicht aufgeben. Notwendig ist aber, daß mit dem Werk sofort begonnen wird.

Die Opposition in der S. P. D.

Die Groß-Berliner Funktionäre zum Wahlkampf.

Am Mittwochabend hielt die S. P. D. im „Deutschen Hof“ eine Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre ab. Die Konferenz nahm Stellung zu den nächsten politischen Aufgaben der Partei und zur Frage der Einigung der Arbeiterschaft. Sie unterschied sich in ihrem Charakter und in ihrem Verlauf wesentlich von früheren Konferenzen gleicher Art, sie zeigte vor allem, daß die Ereignisse rund herum um den Rapp-Busch ihre Wirkungen auf die Partei nicht verfehlt haben.

Einer der Führer der Opposition gegen Franz Krüger und seine Leitung der Berliner Parteioffiziere, Dr. Köllig, war Referent. Er konstatierte den Bankrott des Systems Roste und wandte sich mit Schärfe gegen die schwache Haltung der gegenwärtigen Regierung gegenüber den angestrebten Versuchen dieser Roste, in der Arme wiederum die ausschlaggebende Stellung zu erlangen. Er schrie das politische Elend, das vor allem in dieser Schwäche ihren Ausdruck findet, der Koalitionsregierung zu, forderte ihre Beseitigung und die Bildung einer Arbeiterregierung. Die Hauptaufgaben der Partei seien die Demokratisierung der eigenen Partei, die Entmilitarisierung der Nation, Verwirklichung des Rätegedankens in praktischer Form und die Annäherung einer vernünftigen Außenpolitik, in der sich nicht der Einfluß der Generale breit machen dürfe.

Unter den Diskussionsrednern traten Rießhahl und Max Cohen völlig auf die Seite des Referenten. Auch die anderen Redner, wie Ruttner und Stämpfer, die ihren Gegenpart zu Köllig wohl erkennen ließen, hielten sich, das Regime Ober-Roste ernsthaft zu verurteilen. Welche wandten sich lebhaft gegen eine Wendung des Referenten, daß auch eine Minderheit von 48 Prozent eine Regierung bilden könne, ohne daß davon die Behauptung abgeleitet werden könne, diese Regierung etabliere eine Diktatur der Gewalt. Ruttner unterschied dabei zwischen einer „melancholischen“ und einer „tausköfigen“ Demokratie. Wenn er damit sagen wollte, daß die Demokratie eines Roste die „melancholische“ gewesen sei, deren Boden die Partei verlassen müßte, um zu einer „tausköfigen“ zu kommen, so wird die Arbeiterschaft für diese merkwürdige Unterscheidung nur ein Nöcheln haben. Der komische Streit um dieses Redenempfehl ist nichts anderes als der Ausdruck des Bemühens, die von Köllig verantwortete Koalition mit dem Bürgerpartei zu halten und zu rechtfertigen. Franz Krüger wehrte sich gegen die Angriffe, die von verschiedenen Seiten gegen ihn gefallen waren. Er war der einzige, der das System Roste ernsthaft zu verteidigen wagte, womit er eine Verhöhnung der von einigen Rednern gegen ihn ausgesprochenen Anklage gab, daß er als Mitträger dieses Systems mit schuldig an seinen Folgen sei.

Das Ende vom Liede war schließlich die Ablehnung der Resolution Köllig und die Annahme einer Resolution Stämpfer-Krüger mit großer Mehrheit. Die angenommene Resolution lautet:

„Die Parteifunktionäre der S. P. D. Groß-Berlins erblicken in der schleunigsten und energischsten Durchführung der Berliner acht Punkte, insbesondere soweit sie die Republikanisierung aller militärischen Formationen, die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung der dringendsten Aufgaben der Regierung, die nur bei deren Erfüllung die Unterstützung der Arbeiterschaft finden kann.“

Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit zu schaffen, um die Bahn frei zu machen für eine entschiedene und reine demokratische und sozialistische Politik. Zur Verwirklichung einer Einigung mit der U. S. P. auf diesem Boden, unter Ablehnung jeder Diktatur, sind die Funktionäre jederzeit bereit.“

Ferner wurde eine von Ruttner eingebrachte Resolution angenommen, die sich gegen die Entmilitarisierung der Reichswehr und für die Republikanisierung der Reichswehr ausspricht. Sie fordert einen sofort herauszubringenden Erfolg, der den auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehenden militärischen Organisationen Anerkennung verleiht und ihre Mitglieder gegen Verhöhnung und Schikane schützt.

Einen Sieg der Opposition bedeutet der Verlauf der Konferenz nicht. Die Haßheit und die Angst vor den radikalen Forderungen der revolutionären Arbeiterschaft und eine starke Neigung zur Koalition mit dem demokratisch getriebenen Bürgerpartei beherrscht noch immer die Situation. Immerhin ist eine Vorwärtsentwicklung zu bemerken, und es ist zu hoffen, daß sie weitere Fortschritte macht. Von der Größe dieses Fortschrittes wird es abhängen, ob die in der Resolution Stämpfer-Krüger erwähnte Verständigung mit unserer Partei möglich ist.

Zeitungsverbot in Königsberg.

Widerstands ist die „Opreukische Zeitung“ in Königsberg von einem Verbot betroffen worden. Wegen des mit Auslassungen verbundenen Abdruckes eines an den Reichskanzler Müller gerichteten Artikels, der in der Berliner Wochenzeitung die „Wegenwart“ undenkbar erschienen konnte, ist das Blatt heute abend durch den Postkommissar für Ostpreußen, Stadtrat Borowski bis zum 5. Mai verboten worden.

Die Zeit der Presseverbote sollte doch endlich vorbei sein. Den Postkommissaren sollte es mehr darauf ankommen, wirkliche Uebelgriffe der militärischen und agrarischen Reaktion wegzuräumen oder sie zur öffentlichen Aburteilung zu bringen. Die öffentliche Meinung muß auch in politisch erregten Zeiten völlig frei sein, insbesondere gilt dies für den bevorstehenden Wahlkampf.

Die Geschäfte des Herrn Helfferich.

Herr Helfferich, der deutschnationale Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit, will anscheinend aus dem Gräber-Prozess nachträglich ein kleines Geschäftchen machen. Jedenfalls sammelt er seine Anhänger eifrig für den Armen, der selbstlos für die Lösung der politischen Moral gestritten hat, damit er seine Geldstrafe bezahlen kann. Leider muß Helfferich mit der Möglichkeit einer Beschlagnahme der gesammelten Gelder rechnen, da derartige Sammlungen gesetzwidrig sind. Deshalb hat er, wie eine Korrespondenz meldet, für alle Fälle seine Villa im Tiergartenquartier an einen holländischen Margarinefabrikanten verkauft. Beim Kaufpreis der deutschen Kalata jedenfalls auch ein Geschäft, an dem sich mehr verdienen läßt als an den so unfruchtlichen Schiedungen seines politischen Gegners.

Graf Bernstorff demokratischer Kandidat. Im 28. Wahlkreis (Meinisch-westfälisches Industriegebiet) ist Graf Bernstorff von der Deutschen Demokratischen Partei als Kandidat aufgestellt worden. Er hielt am Mittwoch seine erste Kandidatensprache in Oberhausen.

Punkte fernerehin mit einer günstigen Weiterentwicklung rechnen können. Diese Hoffnung wird noch ein wenig mehr genährt, nachdem wir von gut unterrichteter Seite erfahren, daß die Zahl der sozialistischen Dozenten wohl noch größer wäre, wenn die Wahlbewegung nicht manchen sozialistischen Wissenschaftler gezwungen hätte, den angebotenen Eintritt in den Kreis der Lehrer abzulehnen.

Die Zahl der Arbeitstätigen ist noch nicht vermehrt worden. Für das engere Berlin ist sie auch groß genug und auch die Lage der Unterrichtsstelle ist günstig gewandt. Ein Hindernis in die Wege ist hauptsächlich, aber im Augenblick noch nicht gleichmäßig, weil viele Vorortgemeinden noch eigene Volkshochschulen unterhalten. Obwohl ihre Leistungen nicht immer nachahmenswert sind, so geht es doch nicht an, daß die Volkshochschule Groß-Berlin neben diesen Instituten eine Konkurrenz erduldet. Dagegen wird die Arbeiterschaft darauf bedacht sein müssen, daß die Vorortgemeinden ihre eigenen Unternehmungen abbauen und sich ganz der Volkshochschule Groß-Berlin anschließen, denn eine solche Kräfteverteilung kann nicht in unserem Sinne sein.

Wir werden die einzelnen Punkte noch anknüpfen. Der Lehrplan ist zum Preise von 50 Pf. zu haben in der Buchhandlung der „Freiheit“, Breite Straße 88, in unserem Parteibureau Schillerstraße 68, im Schwerföhrtsbau, in den Räumen der Metallarbeiter und Telegraphenarbeiter und in einigen anderen Gewerkschaftsbureaus.

Himmel und Hölle.

Aufführung im „Deutschen Theater“.

Mit Paul Kornfelds Tragödie „Himmel und Hölle“ brachte es gestern das „Deutsche Theater“ zu einem außerordentlichen Darstellungserfolg. Das schwache Stück wäre, von minder starker Bühnenkunst getragen, elend zusammengebrochen, ja es hätte vor dem etwas störrischen Promienerpublikum vielleicht nicht einmal zu Ende gespielt werden können. Aber das literarische Primat von Himmel und Hölle hätte noch schimmer sein können — der Wortschmelz durch die allgegenwärtige, über alle Worte hinausgehende Menschheitskraft der Aina Losen und Agnes Straub gesegnet ...

Dahinter erst erblüht man den Dichter. Das Kornfeld glüht, ist Wanderung durch Sumpf und Seligkeit, durch Dergensdichte und Erlebensschreie. Früher nannte man es recht und schlicht „durch Nacht zum Licht“. Oder lateinisch: „per aspera ad astra“. Wir wissen, daß Himmel und Hölle dicht beieinander in unserer irdischen Haut wohnen. Auch in Paul Kornfeld, obwohl es ein

Die Reichswehr im Ruhrgebiet.

Minister Severing desavouiert.

Vor einigen Tagen verbreiteten die „P. P. R.“ eine Unterredung mit dem Minister des Innern Severing über die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet und deren Erhebung durch andere Sicherheitsorgane. Danach äußerte der Minister Severing, daß die Rückberufung der Truppen bereits begonnen habe, weniger weil man an eine volle Beruhigung im Industriegebiet glaube, als deswegen, weil man auf die außenpolitische Situation Rücksicht zu nehmen verpflichtet sei. Wo durch die Rückberufung der Reichswehr fühlbare Lücken im Sicherheitsdienst entstanden, sollte dafür Ersatz von der grünen Polizei gestellt werden.

Die üblich, folgt dieser Äußerung aus stillem Munde das Dementi der, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich übergeordneten Militärbehörde. Der „Dortmunder Zeitung“ wird von militärischer Seite mitgeteilt:

Die P. P. R. müssen einer bedenklichen Irrführung zum Opfer gefallen sein. Das Minister Severing betriebsmäßig erklärt haben sollte, muß als ausgeschlossen betrachtet werden. Als Minister wird er am besten wissen, daß kein Bataillon der Reichswehr aus dem Industriegebiet zurückgerufen ist, daß vielmehr nur einzelne Formationen aus dem neutralen Teil des Industriegebietes in den nicht neutralen Teil geleitet wurden, um den Forderungen der Entente zu genügen. Er wird ebenso wissen, daß die grüne Polizei noch nicht eine so starke Organisation ist, um die Sicherung des Industriegebietes gegen die aus den Gebieten südlich der Ruhr drohende zweite Aktion zu übernehmen. Wichtig ist nur die Nachricht, daß ein Freiwilligenbataillon in die Heimat zurückgegangen, nicht zurückgerufen ist, da ein weiteres Verbleiben bei der augenblicklichen Lage unmöglich schien.

Diese „militärische Nichtigkeit“ besagt doch nur, daß die Äußerungen des Ministers Severing noch außen hin, besonders auf die Entente, beruhigend wirken sollten, daß sie aber materiell ganz einfach nicht stimmen. Die robusteren Militärs, denen der Sinn für diplomatische Manöver abgeht, haben jedenfalls die Wahrheit gesagt. Man sollte sich übrigens endlich einmal an den höchsten Stellen darüber klar sein, daß sich die Entente durch noch so schön gefärbte offizielle Auslassungen nicht einwickeln läßt. Wie recht wir mit dieser Mahnung haben, bezeugt nachstehende Meldung:

T. U. Krefeld, 22. April.

Die Entente-Kommission, die das Ruhrgebiet besucht und sich von den dortigen Zuständen überzeugt hat, erklärt in ihrem Bericht, daß die deutschen Truppen das Gebiet noch nicht geräumt hätten und auch noch nicht daran hätten, dort wegzuziehen. Wohl hätten Truppenbeschießungen stattgefunden, wobei Nachrichten verbreitet wurden, als seien die Reichswehrtruppen abgezogen. Die Kommission habe besonders festzustellen versucht, wo sich die großen Kriegsmaterialbestände befänden, doch seien nirgends in den Depots große Mengen dieses Materials angetroffen worden. Man nehme an, daß das Material verstreut gehalten werde, damit es nicht an die Entente zur Lieferung komme. Die Kommission empfiehlt, daß die unmittelbare Auslieferung des Materials bei der deutschen Regierung dringend gefordert werde.

Der Bericht der Entente-Kommission und die Nichtigkeit der militärischen Stelle decken sich also. Was sagt Herr Minister Severing dazu? Auf welche Tatsachen stützen sich seine Äußerungen?

Der Ruf nach der Reichswehr.

Die Düsseldorf-Unternehmer haben an die Behörden in Berlin und Münster ein Telegramm gerichtet, in dem sie um Belegung von Düsseldorf mit Reichswehr und Staatspolizei bitten, zur Herstellung gesünder Zustände und zum Schutz der friedlich Gesinnten in den Betrieben.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Der neue Lehrplan ist erschienen. Am 28. April beginnt die ersten Kurse.

Die Fülle dessen, was der Lehrplan bietet, läßt kaum erkennen, daß wir in der Volkshochschule Groß-Berlin ein junges Unternehmen ohne Tradition vor uns haben. Der noch Stoffgebunden neuartigen und überaus sorgfältig angelegte Stundenplan zeigt bewundern, daß noch nicht alles Erreichte erreicht ist. Das heißt aber, daß er zugleich ein Streben nach bestimmtem Plan erkennen läßt, und ein Vergleich mit dem Stundenplan der längst abgeschlossenen Lehrperiode läßt uns, daß mit dem neuen Lehrplan mehrere wichtige Schritte vorwärts zum Ziel getan worden sind. Soweit man von einem Ziel der Volkshochschule reden soll. Sie legt sich nicht nach Art beliebiger Dillanhalten ein „Ziel“ das für Höher wie vorher als erreicht gilt, wenn ein „Reisum“ feuchtend durchgehacht ist. Ihr Ziel liegt nicht im Stundenplan, sondern im Menschen. Die Volkshochschule Groß-Berlin will den Menschen zu eigenem, freiem Denken, zur Fähigkeit der Arbeitserziehung fördern helfen. Sie wendet sich dabei vorwiegend an die Bevölkerungsschicht, die nur die Volkshochschule besucht haben. Will sie ihnen an Tatsachensachen geben, was als Grundzüge der Arbeitsfähigkeit erworben ist, und will sie die Führerschaft zur Fähigkeit der Beobachtung, des Erkennens der Tatsachen bilden, so muß sie auf allen Gebieten des Wissens gleichzeitig arbeiten, und innerhalb eines jeden Einzelgebietes wiederum muß es ein Wortworts auf dem Wege der Erkenntnis für den Höher geben.

In diesem rein äußerlichen pädagogisch-technischen Sinne sprechen wir vom Ziel der Volkshochschule Groß-Berlin. Die Entwicklung verläuft hier in zwei Richtungen. Einmal geht der neue Plan, daß an dem Aufwärts für den Höher, der in einem einzelnen Wissensgebiet nach einer gewissen „Abgeschlossenheit“ freibt, gedacht worden ist. Viele Kurse haben bereits Arbeitsgemeinschaften zur intensiveren Bearbeitung des Stoffes gebildet. Ferner sind zum Vortrag die Vorträge und Museumsbesuche gekommen. Zweitens aber sind neue, im früheren Lehrplan noch wenig berücksichtigte Gebiete in größerem Umfang in Angriff genommen worden.

Das gilt vor allem für die wichtigen Gebiete der Volkswirtschaftslehre und der Sinnswissenschaften. Und in diesen Spalten des Unterrichtsplans können wir die erfreuliche Feststellung machen, daß sich die Zahl der sozialistischen Dozenten recht beträchtlich vermehrt hat, nachdem der frühere Lehrplan hierin eine Enttäuschung gebracht hatte. Auch dieser Bereich gibt uns die Hoffnung, daß wir auch in diesem

Wunsch ist, dem sich Gefühl sehr leicht in redselige Literatur umsetzt. In seiner Völgerschaft erkennt man die Stationen von Despard und Byron bis Nietzsche und Strindberg. Er scheint nicht vor den ältesten Requisite, die er mit Fischen, Zoselin und Drogen vor „Gottes Thron“ aufbaut, er wandert blickende Wandlone auf Throner und will um jeden Preis Visionendes geben. Er zerlegt die Quantung, gibt hier bannenden Janspressionismus, wirft dort mit schneider expressionistischer Trübsal wild um sich, zertrümmert den natürlichen Zusammenhang alles Geschehens, taucht krasse Wirklichkeit in hohe Magie und redt sich zu hehrlicher Vergütung. Zwischen Qual und Verklärung sprechen ihm auch Blüthen edler Poesie, aber sie blühen kurz und brennen lang in diesem Tal der Tränen. Zum Teufel, wenn die Menschen nicht gelernt haben, gut zu sein, dann werden sie durch Visionen nicht besser werden. Von den Werfel, Wildgans und Stefan Zweig, dessen „Semaels Sendung“ der Kornfeldschen Hellenistat im „Deutschen Theater“ voranging, kennen wir zur Genüge die große Gebärde, die oft nur Krampf ist, und unruhigbarer als Kampf.

Am schönsten in dieser wirrlichen Tragödie ist die schauerliche Verschlingung zweier Frauen, der „Gräfin“ und der „Dirne“, deren überwollte Herzen durch alle Parteien geschleift, sich in gleichem Leid der Liebe öffnen und dem Tod vermählen. Aina Losen war die Frau, der alle Qual und Trauer zu solcher Schönheit sich verwandelt hatte, daß ihr Verfolger wahrhaft von ihr sagen durfte: „Man möchte vor ihr niederknien und sie anbeten“. Und neben ihr schuf das entsetzte Grauen der schwachgerüttelten Weltgestalt Agnes Straub eine Verleugung über jedes gewöhnliche Bühnenmaß hinaus. Nicht ganz so dem Ernst durchdrungen schien Werner Kraus, dessen geulales Können hier etwas fehlte. Auguste Bänckdy und Paul Günther, Elise Wagner, Aina Losen und die anderen gaben Eindrücke, die von der hervorragenden künstlerischen Magie Ludwig Berger und den empfindlichen Bühnenbildern außerordentlich verstärkt wurden.

Erich Baron.

Paul Kornfelds Tragödie „Himmel und Hölle“ ist als Buch bei E. Fischer, Verlag, Berlin, erschienen.

Das Neue Volkstheater (Rüppeldier Str. 65) hat Franz Dillberg's „Schlingensiefel“, das fünfstündige Drama „Adälig Schweiß“ zur Aufführung erworben.

Im Oberhausen sind zum ersten und einmaligen Malisten Carl Lewings als Opernsänger in der Rolle des Bajazzo (Sonntag, den 25. April, mittags 12 Uhr) nach Partien für Partien, Logen und 1. Rang an der Kasse der Staatsoper zu haben. Die übrigen Plätze sind bereits ausverkauft. Die Vorstellung findet auswärts des Schwanenbundes deutscher

Hörtes, Arbeiter und Angestellte!

Ein Merkblatt für die Wahlen.

Mit süßhafter Miene haben die bürgerlichen Abgeordneten in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung die Forderungen der Eisenbahner auf Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt und damit zugleich sämtlichen Staatsarbeitern eine Lohnhöhung zuerkennen müssen. Aus den Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, konnte man entnehmen, daß die Herren, wenn es nach ihnen gegangen wäre, die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Beamten abgelehnt hätten; sie mußten ihnen aber doch zustimmen, weil die Eisenbahner zu verstehen gegeben hatten, daß sie sich nicht länger hingucken lassen würden, sondern entschlossen seien, bei der Nichtbewilligung die Arbeit niederzulegen.

Mit entrüsteter Stimme hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, ein Zentrumsmann, mitgeteilt, daß wir mitten in einer neuen großen Lohn- und Gehaltsbewegung ständen, was mit lebhaftem „Hör, hör!“ der bürgerlichen Parteien quittiert wurde. Noch deutlicher wurde der Demokrat Bachnise, der sich über die Drohung mit dem Eisenbahnerstreik entsetzte und weiter ausführte, daß wir durch immer neue Lohnhöhungen die Wirtschaftslage nicht verbessern; damit sei nichts weiter erreicht, als eine weitere Steigerung der Warenpreise und diese gäbe neue Lohnhöhungen nach sich. Der Volksparteiler Feuermann und der deutschnationale Dellerg spannen denselben Faden weiter.

Witz leben also, wie sich sämtliche bürgerliche Parteien in der Ablehnung der Forderungen der Arbeiter zusammenfinden, daß es der größten Entschlossenheit bedürfte, um sie zu ihrer Bewilligung zu veranlassen. Gegen die ungeheuren Gewinne der Industrie, gegen die schrankenlose Ausweitung der minderbemittelten Bevölkerung durch die Agrarier haben diese Herren nichts einzuwenden. Die zweieinhalb Milliarden, die den Staatsarbeitern jetzt bewilligt worden sind, machen nur einen sehr kleinen Teil dessen aus, womit das deutsche Wirtschaftsleben durch den Wucher belastet wird, der von Agrariern, Industriellen und Händlern getrieben wird. Es ist eine Unwahrheit, was Herr Bachnise behauptet hat, daß nämlich die Lohnhöhungen die Preissteigerungen verursachen. Gerade umgekehrt ist es. Erst die umerlösten Erhöhungen aller Warenpreise, die unmöglich in die Höhe gehende Verteuerung des gesamten Lebensaushalts zwingt die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lohn- und Gehaltsforderungen zu stellen, wenn sie sich und ihre Angehörigen nicht dem Hungertode ausliefern wollen. Wenn die Arbeiter und Angestellten eine wirklich lebenswürdige Existenz führen wollen, so müssen ihre Forderungen ein Mehreres von dem betragen, was ihnen das kapitalistische Bürgertum zugehen will.

Bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag werden die bürgerlichen Parteien um die Günst der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden, denen sie jetzt das Notwendigste zum Leben verweigern wollen. Wir können nicht nur den Eisenbahner, sondern allen Arbeitern, Angestellten und Beamten zurufen, die gestrigen Verhandlungen nicht zu vergessen. Dann wird es ihnen nicht schwer fallen, den bürgerlichen Parteien bei der Abstimmung die richtige Antwort zu erteilen!

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat Genossin Bieh im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie folgende Ausführungen zu dieser Frage gemacht:

Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir unter völliger Ablehnung der parlamentarischen Konsequenzen dem Antrag zustimmen. Was an Lohnzulage gewährt werden soll, ist nicht nur berechtigt und notwendig, sondern es ist das Minimum dessen, was man gewähren muß. Die Lage der Eisenbahner und der übrigen Arbeiter ist angesichts der ungeheuren Preissteigerung für alle Lebensmittel und aller sonstigen Gebrauchsgüter so überaus traurig, daß ich es wohl bezweifeln kann, daß die Eisenbahner nach wochenlangen Verhandlungen, in denen sie ihre Forderungen verteidigen haben, ungeduldig geworden sind und schließlich nicht nur mit dem Streik gedroht haben, sondern bereits in den Streik eingetreten sind. Was haben sie denn für andere Mittel, um ihre Wünsche durchzusetzen? Und zwar handelt es sich um Wünsche, die nicht etwas Unberechtigtes, sondern nur das Notwendige fordern; das ist selbst von den Regierungsvorstößen anerkannt worden. — Sie haben kein anderes Mittel, auf die Regierung einen Druck auszuüben als die Verteuerung ihrer Arbeitskraft!

Wenn der Herr Abgeordnete Bachnise so sehr dagegen aufgebracht ist und erklärt hat, daß die Demokratie, so wie es noch niemals von den Demokraten im allgemeinen und von Herrn Bachnise im besonderen Reden dargelegt worden, wenn die Vertreter des Großgrundbesitzes mit dem Streik zu tun haben und ihren Verpflichtungen, die Nahrungsmitteleinzelhandel und so ungeheure Preissteigerungen eingetretten sind.

Ich habe hier eine Auffassung, die auf dem Berliner Statistikamt zusammengestellt ist. Danach sind nach den Lebensmittelpreisen, die im März gezahlt wurden und die längst überholt sind — und wir stehen, wie Ihnen allen bekannt, vor neuen, gewaltigen Erhöhungen der Lebensmittelpreise, für einen Mann, wenn er nur die rationierten Lebensmittel kauft, in einem Jahr 3029 M. notwendig, für einen Mann und eine Frau 5501 M. und für einen Mann und eine Frau und ein Kind 6983 M. Dann haben Sie noch nichts für Kleidung, noch nichts für die Heizung und wieviel bei den hohen Rohstoffpreisen, der Kohlensteuer usw. für Heizung auszugeben wird, wie Ihnen allen bekannt sein. Dann haben Sie noch nichts für Beleuchtung, noch nichts für Miete und Steuern. Rechnen Sie das alles zusammen und stellen Sie damit die Zahlen in Vergleich, die uns hier genannt worden sind, die jetzt die Löhne der betreffenden Arbeiter ausmachen sollen, dann müssen Sie sagen, daß das noch unter dem Minimum bleibt, das die Leute erhalten müssen, wenn sie nach dieser Auffassung leben sollen.

Sie werden heute an Unterabdrucken und werden auch noch weiterhin unterdrückt bleiben. Denn hier treten die Erhöhungen der Löhne ein, und auf der anderen Seite wird die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise angehängt, ganz besonders des Brotpreises. Ein Pfund Brot kostet jetzt eine Mark, und das soll auf den doppelten Preis erhöht werden. Und man hat ein Wort dazu, was man in dieser Vorlage gar nicht auf die Invalidebene hinüber hat genommen hat. Gerade in den Kriegsberitten haben eine ganze Reihe Invalidebene, also Kriegsbeschädigte, die unlernen und die nun einen Schwermetall erkrankungen sind. In diesem Vertrag ist der Standeslohn auf 2,10 M. bzw. 2,30 M. festgesetzt. In den Kantinen in den Betrieben die Beschäftigtenbesitz gegeben worden ist, ist sie den Familien nicht gegeben worden. Ich ersuche von den in Frage kommenden Stellen der Regierung,

daß sie auch die Invalidebene berücksichtigen. Denn es sind 2,4 Millionen Invaliden darunter, die nicht nur zwei, die oftmals drei oder vier oder fünf Kinder zu ernähren haben und deshalb mit diesem geringen Verdienst zu ernähren gelingen nicht auskommen können.

Im übrigen möchte ich die Bitte an die Herren Regierungsvorsteher richten, daß sie genau in derselben Weise, wie sie es verlangt haben, daß diese Lohnforderung vor das Parlament kommen soll, den Forderungen der Großgrundbesitzer gegenüber hartnäckig sind und sagen, es wird nicht in der Dunkelkammer des Ausschusses beschlossen, daß die Preise für Brotgetreide, für Fleisch und Kartoffeln usw. erhöht werden, sondern das gehört hier in aller Öffentlichkeit vor das Parlament (Sehr richtig von den U. S.), damit das Volk rechtzeitig sieht, was man da für die Wünsche bisher — obgleich uns in der Folge alle Lebensmittel so außerordentlich im Preise in die Höhe getrieben wurden — ein offenes Ohr gehabt hat. Die Arbeiter haben erst sehr nachdrücklich und wiederholt fordern müssen und sogar mit dem Streik gedroht, ehe sie ihre Wünsche erfüllt bekommen haben. Wenn Sie nun nun an andere Verfahren, ich bin überzeugt, dann wird die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitslust der Arbeiter überall wachsen.

Recher einige bürgerliche Abgeordnete gesprochen hatten, führte Genossin Bieh noch folgendes aus: Sie glauben, daß man die Mittel nicht dazu hat, daß die Finanzen nicht dazu ausreichen, — man verachte umgehende, heute morgen habe ich im Hauptstadtschloß schon erklärt: Wir kommen, wenn wir die Mittel der Sozialisten besitzigen wollen und all den Anforderungen, die an die Reichsfinanzungen gestellt werden, nachkommen wollen, nicht darum herum, daß wir ganz entschlossen die Sozialisierung gehen. (Widerspruch rechts und bei D. N.) und mit der Sozialisierung der Bergwerke den Anfang machen. (Rechts: Jurist rechts.) Hören Sie nur, wie die Herren da widersprechen, die sonst so ein „warmes Herz“ für die Arbeiter haben. — Neben der Sozialisierung der Bergwerke wird es notwendig sein, recht schnell an die Sozialisierung des Großgrundbesitzes heranzugehen. Dann sind Einkommensquellen vorhanden, dann kann die Finanzlage verbessert werden, dann wird auch eine ganz andere Arbeitsfreudigkeit in den Reihen der Arbeiter und Angestellten Platz greifen, die dann wissen: wir arbeiten nicht mehr im Interesse einzelner Unvernünftiger, um ihnen Profit zu erhöhen, sondern wir arbeiten dann im Interesse der Allgemeinheit.

Immer noch Kriegserlöste im Industriegebiet.

Der am zweiten Oftertage in Ouer vom Standgericht zum Tode verurteilte Führer der roten Armee Kummel ist jetzt nach Offen gebracht worden, wo er noch einmal vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll.

Wie er verlangt, daß endlich die Kriegserlöste aufgehoben werden und als Fälle an die bürgerlichen Gerichte zur Aburteilung gehen. Standgericht oder Kriegsgericht — in der Behandlung revolutionärer Arbeiter sind beide gleich. Dort entscheiden nicht Rechtsgründe, sondern Haß und Rachegefühl.

Militärische Umwicklungsreiche.

Die Vagen über die Verwendungsfrage der Arbeiter und Soldaten in den ersten Revolutionen sind längst durch die Tatsachen widerlegt worden. Es ist bekannt, daß die oft unter großen Opfern verrichtete Arbeit der damals an der Spitze stehenden Parteien Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch auch in wirtschaftlicher Hinsicht gerettet hat. Die Bezahlung der damals aus den Reihen der Arbeiter und Soldaten gewählten Gemeindeführer im allgemeinen recht lässlich bemessen. Jetzt hat die Abwicklungsinstanz des früheren III. Armeebezirks der Provinz Brandenburg verfügt, daß die an Arbeiter und Soldaten gezahlten Gehälter zurückgezahlt werden, soweit sie die zugrunde gelegten Einheitsätze von 6 M. täglich überschreiten. Gegenrevolutionäre Truppenformationen, die längst keine Existenzberechtigung mehr haben und zur Prüfung ihres überflüssigen Daseins, sowie zur Befolgung ihrer Offiziere und Beamten Umwicklungsstellen an allen Ecken und Enden gründen, sollen nun mit den damals aufgewendeten Beträgen unterhalten werden. Es ist aber vollends unsinnig und rechtswidrig, Gelder zu beanspruchen, sofern sie gar nicht aus militärischen Kassen fließen. Dennoch fordert jetzt g. B. auch die Abwicklungsstelle des Regiments 6 in Brandenburg (Havel) die von dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat gezahlten Gehälter für sich zurück. Es wurden damals im Höchstfalle auch an den anfangs Tag und Nacht tätigen Vorstand ganze 15 M. pro Kopf und Tag bezahlt, wobei etwaige anderweitige Vergütungen aus bürgerlicher Anstellung oder militärischer Befolgung noch in Abzug kamen. Die 6 M. militärische Bezahlung wurden nur an das zum Arbeiter- und Soldatenrat abkommandierte militärische Hilfspersonal (Wachen, Schreiber, usw.) gezahlt. Alle übrigen außerordentlich sparsam verwendeten Gelder wurden von den Organisationen der Arbeiter, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften usw. aus eigenen Mitteln aufgebracht. Selbst die nach damaliger Gewohnheit Verfügung bewilligten kommunalen Gelder wurden nicht in Anspruch genommen. Und nun mag eine zum Verschwinden verurteilte Militärstelle diese Arbeitergehälter für sich in Anspruch nehmen. Selbstverständlich wird sich niemand dadurch einschüchtern lassen. Im Gegenteil, mancher dürfte von den Umwicklungsstellen nachträglich noch die 6 M. pro Tag und Kopf nachfordern, die den Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte nach der militärischen Anrechnung zustanden und bisher nicht gezahlt wurden. Diese „Umwicklung“ dürfte den Herren Offizieren wohl eine unliebsame und überaus schmerzliche ihrer Wunden sein. Aber so entpuppt es der Rechtslage — und nicht umgekehrt.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz. Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die an Stelle des Parteitagess die Wahlaktion und das Wahlprogramm anhängig stellen sollen, wird voraussichtlich am 6. und 8. Mai stattfinden. Die Abstimmung in Leiden. Die Abstimmung in Leiden wird am 16. Mai stattfinden. Das Recht der Stimmgabe steht allen Mitgliedern des Reichstages zu, die am 1. August 1919 ihr 20. Lebensjahr vollendet haben und vor dem 1. August 1914 nach dem Reichner Wahlrecht gezeugt sind.

Streik der Kölner Postbeamten. Da es zwischen den Kölner Postbeamten und den Angestellten bis heute früh 10 Uhr zu einer Einigung nicht gekommen ist, haben die Angestellten ihre Arbeit um 10 Uhr vormittags niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 4000. Ob die Angestellten der kleinen Privatbanken sich dem Streik anschließen werden, ist bis zur Stunde noch nicht entschieden.

Ergebnis der kürzlichen Reichstagswahlen. Bei den Erneuerungswahlen der kürzlichen Reichstagswahlen gewonnen die Bauern 8, die Evangelischen 2 und die Christlichen 8 Sitze, während die Demokraten 8, die Sozialdemokraten 6 Sitze verloren.

Militärische Umwicklung. Ein Belgischer Telegramm des „Corriere della Sera“ meldet, daß die belgische Regierung jurisdiktoren sei. Das Ministerium protestiert über die in der letzten Nacht in der belgischen Hauptstadt der Umwicklung eines belgischen Soldaten in Belgien.

Waise der englischen Arbeiterdeputation nach Russland. Von einer Reise nach Russland reist die Arbeiterdeputation am 27. April nach Russland ab. Im Juni wird ihre Arbeit beendet sein. Zu der Deputation gehören auch zwei Frauen.

Gewerkschaftliches.

Beendigung des Klavierarbeiterstreiks.

Nach 14tägiger Dauer ist der Streik der Klavierarbeiter nun beendet. Wie wir mitteilen haben, hatten die Vereinbarungen insofern zu einem Ergebnis geführt, indem seitens der Unternehmer Zugeständnisse betr. Lohn und Arbeitszeit gemacht wurden, mit denen sich die Streikenden einverstanden erklärten. Nur über die Frage des Mitspracherechts konnte noch keine Einigung erzielt werden, da die Unternehmer über den Nachlass des Reichsbrüderstreiks nicht hinausgehen wollten. Die Streikenden beschloßen deshalb, ein Schiedsgericht anzusetzen und bis zur Fällung des Schiedspruchs noch im Streik zu verharren.

Das Schiedsgericht hat nun geteilt und einen Spruch gefällt, wonach der Reichsverband der Holzindustriellen verpflichtet ist, in den Vertrag mit den Klavierarbeitern eine Bestimmung über das Mitspracherecht aufzunehmen, wie sie im Reichslohn für das Holzgewerbe aufgenommen ist.

Eine Versammlung der streikenden Klavierarbeiter nahm am Dienstag zu diesem Schiedspruch Stellung und kam zu dem Beschluß, der Schiedspruch anzuerkennen und auf Grund der Vereinbarungen mit den Holzindustriellen zwecks Regelung der Arbeitsaufnahme in Verbindung zu treten. Als nun die Holzindustriellen, dem Beschluß der Versammlung folgend, in die Betriebe kamen, wurde ihnen erklärt, daß die Arbeit noch nicht aufgenommen werden könne, sie sollten in einigen Tagen wiederkommen. Einige erklärten sogar, keine Verpflichtung zu haben, die Arbeiter wieder einzustellen, da sie ja entlassen seien, ihre Papiere geholt hätten u. dgl. mehr. Andere wieder fangen das alte Spiel vom Januar an, indem sie Mitsprache überhaupt nicht wieder einstellen wollen. Diese Haltung würde den gemachten Vereinbarungen widersprechen, monach Lagebedingungen und Bestimmungen nicht stattfinden sollen. Wenig überraschend ist eine Resolution des Reichsverbandes, monach der Reichsverband bereit ist, darüber zu machen, daß beiderseitige Verträge und Abwicklungen in schärfster Weise geschützt werden. Hier kommt der Reichsverband einen Teil von seinen Verpflichtungen und Bestrebungen vernachlässigen, wenn er den ersten Willen dazu hätte. Somit könnte es dazu kommen, daß der eben abgeschlossene Kampf von neuem wieder aufflammt.

Der Streik der Müllkassierer beendet.

Nach langwierigen, mühseligen Verhandlungen ist in dem seit fast ein Jahr andauernden Streik der bei den Wirtschaftsgenossenschaften in der Abteilung Müllabfuhr beschäftigten Arbeiter eine Verständigung erzielt worden. Die letzte Verhandlung, die am Dienstag stattfand, hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Die Arbeitsleistung beträgt ab 1. Mai 275 Mark, für Schaffner 250 Mark, für Verleider 210 Mark, für Stalleute 210 Mark, für Hofarbeiter 210 Mark usw. Die vier von den Beteiligten gewünscht, noch eine Aufbesserung auf 200 Mark pro Woche vorzunehmen. Der Schiedspruch ist anerkannt, und soll die Zuerkennungszusage ab 19. Januar 1920 bis zum Eintritt des Streiks am 28. Februar 1920 nachgezahlt werden. Außerdem erhalten für die Müllkassierer die Arbeiter und Schaffner verpflichtet, fünf Wochen pro Tag zwei volle Kubikmeter Müll abzurufen. Neben der übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages, über welche noch nicht verhandelt ist, sollen die Verhandlungen nach Aufnahme der Arbeit fortgesetzt werden.

Mit diesem Angebot beschäftigte sich am Dienstag eine Versammlung der Streikenden. Nach eingehender Aussprache nahmen die Versammelten dieses Angebot an und beschloßen, die Arbeit am 1. d. M. aufzunehmen. Damit hat der aus für die Bürger Berlins so unangenehm empfundene Streik, welcher bei einem einschüchternden Verhalten der Wirtschaftsgenossenschaft hätte vermeiden werden können, seine Existenz gefunden.

Die Verbandstagswahl im Bäcker- und Konditorenverband hatte folgendes Ergebnis: Bei der Hauptwahl erhielten die absoluten Majorität und sind somit gewählt: Max Barth, Gertrud Barth, Hans Barth, Fritz Esler, Eugen Ehmke, Otto Eggendorfer, Eugen Gans, Alvaro Hoffmann, Wilhelm Hiesinger, Theodor Cite, Billi Kluge, Fritz Richter, Wilhelm Schumann. Zwischen den nachstehenden sieben Mitgliedern hat Stichwahl zu erfolgen: Franz Gedtsch, Karl Kiehl, Heinrich Bieginger, Karl Mehl, Clara Schulz, Max Thieme, Hermann Wilhelm. Die Stichwahl findet am Sonntag, den 26. April, vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in denselben Lokalen, wo die Hauptwahl vorgenommen wurde, statt.

Charlottenburg. Große Dämigungen ereigneten sich in der am Montag, den 19. April, von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission einberufenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, in welcher der Genosse Paul Juppel-Charlottenburg in durchaus sachlicher Weise die Ursachen der gegenwärtig bestehenden Zuerung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens behandelte. Nachdem in der Diskussion Genosse Kollert (E. V. D.) dem Schiedsgericht energisch zu Hilfe gegangen war, schloß ein Anhänger der revolutionären Betriebsorganisation ihre Propaganda für dieselbe ins Werk, wobei in heftigen Ausfällen gegen die Gewerkschaftsvorstände ausfiel. Als der Versammlungsleiter, Genosse Klemm, darauf hinwies, die Debatte auf das Thema des Vortragenden zu beschränken, erhob sich ein großer Lärm und Schmeißnamen wie Oberbohnz, Spießhölzer und andere Titulaturen wurden ihm zuteil. Genosse Klemm von der U. S. V. D. rüchelte mit den Rednern der revolutionären Betriebsorganisationen gründlich ab. Im Schlusswort des Genossen Juppel eroberte sich wieder ein heftiger Lärm und wüßtes Geklingel, so daß der Vorsitzende, Genosse Klemm, die Versammlung kurzerhand schloß.

Ein Vertreter der streikenden Gastwirte leistete am Anfang der Versammlung mit, daß der Oekonom des Wohnhauses, in welchem die Versammlung stattfand, der Stadtpolizei (U. S. V. D.) die Forderungen der Betriebsorganisationen und Verhandlungen mit denselben in brücker Weise abgewiesen habe. Die Versammlung gab ihren Unwillen über diese Tatsache kund.

Zähne 4 Mark!

mit echtem Friedens-Friedenschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie
Zahnziehen mit örtlich Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebrauchsartikeln

Spezialität: Zähne ohne Gummi. Krönchen von 30 Mk. an. Keine Luxuspriese! Fachmännische Mundunterstützung und Rat kostenlos

Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1

Ecke Schützenhaus Allee, Eingang Danziger Straße.
Eröffnung von 9-12, 2-7, Sonntag und Feiertagen 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebrauchsartikel geliefert.

